

Überbeschäftigung als volkswirtschaftliches Problem

Von Adolf Weber, München

Nachdem dieser Aufsatz bereits gesetzt und umbrochen worden war, erreichte uns die traurige Nachricht vom Ableben Adolf Webers. Es ist also dies das letzte Mal, daß der 86jährige Nestor der deutschen Nationalökonomie zu aktuellen Wirtschaftsfragen Stellung genommen hat. Ihm lagen die hier angeschnittenen Probleme sehr am Herzen, wollte er sie doch zur Grundlage für eine Aussprache Sachverständiger machen. Wie in seinem ganzen Leben, so fühlte er sich auch noch bis zu seinem letzten Atemzuge verpflichtet, auf Mängel und Irrtümer hinzuweisen und Wege aufzuzeigen, wie zum Wohle aller die Weichen der Wirtschaftspolitik gestellt werden sollten.

Der Herausgeber

Seit Jahren warnte ich vor den Irrwegen, auf denen sich die Volkswirtschaft und auch die Volkswirtschaftslehre befinden, so wie ich auch vor der großen Inflation Anfang der zwanziger Jahre und vor der Weltwirtschaftskrise Anfang der dreißiger Jahre rechtzeitig gewarnt habe. Damals wie heute predigte ich tauben Ohren. Mein „Pessimismus“, meinten die Propheten des Wirtschaftswunders, beruhe auf einer veralteten Theorie. In meiner Schrift „*Wolken am Konjunkturm Himmel*“ (Berlin 1959, 1. Aufl. Frühjahr, 2. Aufl. Herbst) wies ich auf die verhängnisvollen Folgen des Baubooms hin, der viel zu viel Produktivkapital in einem, wenn auch besonders wichtigen Konsumgut festlegte; auf die Verwechslung von Technisierung und Rationalisierung; auf die Übertreibung der Spekulation, die erhebliche Teile des uns zur Verfügung stehenden allzu knappen Produktivkapitals in mühelos erworbene und leichtfertig ausgegebene Einkommen verwandle; auf die Wiederbelebung der sogenannten Kaufkrafttheorie, die schon in der Zeit vor den Weltkriegen auch von den denkenden Gewerkschaftsführern als irrig anerkannt wurde und nunmehr dazu diene, wenig überlegte Forderungen der Gewerkschaftsführer zu begründen. Besonders ließ ich es mir angelegen sein, klar zu legen, daß unsere viel gerühmte Konjunktur auf Sand aufgebaut sei, weil der fundamental wichtige Unterschied zwischen dem leicht zu be-

schaffenden Geldkapital und dem gerade in der Bundesrepublik spärlich vorhandenen Produktivkapital, das nur durch Mühe und Arbeit und kluges Verzichten bereitgestellt werden könne, nicht genügend berücksichtigt wurde und wird. Mittlerweile ist wohl allgemein anerkannt, daß mein angeblicher Pessimismus in Wirklichkeit Realismus war und geblieben ist. Die Art, wie man aber eine verkehrte Auffassung vom Wirtschaftswunder zurechtrückt, geht über Schlagworte kaum hinaus, Folgen und Ursachen werden verwechselt. Man begnügt sich, die Oberfläche der Erscheinungen zu studieren, und übersieht die tiefer liegenden entscheidenden kausalen Zusammenhänge.

Es gibt einflußreiche Wirtschaftstheoretiker und Wirtschaftspolitiker, die unbegreiflicherweise in der derzeitigen Überbeschäftigung einen Beweis für die Gesundheit unserer Volkswirtschaft erblicken, deren fundamentale Leistungskraft gewissermaßen so groß sei, daß die vorhandenen Arbeitskräfte nicht genügen, um sie auszuschöpfen. Ein sonderbarer Optimismus angesichts der immer verheerender werdenden Folgen der Überbeschäftigung: Lohnerhöhungen, die über die einzelwirtschaftliche und die volkswirtschaftliche Produktivität weit hinausgehen, Sinken der Qualität der Leistungen und der Arbeitsmoral, Verschärfung des Gegensatzes zwischen Unternehmern und Arbeitern, Rückgang des Leistungsbilanzüberschusses.

Alles das, meint die herrschende Meinung, sei ohne allzu große nachhaltige Gefahren, wenn nur eine „Geldinflation“ vermieden werde. Es wäre bedauerlich, wenn — ähnlich wie Ende der zwanziger Jahre — die Angst vor einer Inflation das unbefangene Durchdenken der volkswirtschaftlichen Zusammenhänge verhinderte und infolgedessen die wirklichen Gefahren, die unserer Volkswirtschaft drohen, verkannt würden. Ich stimme dem Gewerkschaftsführer Ludwig Rosenberg zu, wenn er jüngst meinte: „Wer in Deutschland das Wort Inflation gebraucht, kann sich nicht damit entschuldigen, daß dieser volkswirtschaftliche Begriff auch eine Verminderung der Kaufkraft des Geldes umfaßt, sondern muß wissen, daß er damit das Gespenst des völligen Verlustes des Geldwertes überhaupt bewußt hervorzaubert“ (Südd. Zeitung vom 27./28. 10. 1962). Dabei darf freilich nicht verkannt werden, daß das Überwinden volkswirtschaftlicher Schwierigkeiten durch vermehrten Geldeinsatz, durch eine schleichende Inflation, unter den gegebenen Umständen ein gefährliches Spiel mit dem Feuer ist.

Eine echte Inflation, wie wir sie anfangs der zwanziger Jahre erlebten, die dadurch gekennzeichnet wird, daß sich die Geldmenge gewissermaßen automatisch in immer schnellerem Tempo vermehrt und dementsprechend die Preise im Sturmschritt steigen, brauchen

wir *vorläufig* nicht zu befürchten. Gewitzigt durch die Erfahrungen steht uns ein „Instrumentarium“ von Maßnahmen zur Verfügung, um eine galoppierende Inflation zu verhindern.

Von allgemeinen Preissteigerungen sind wir noch weit entfernt. In dem vom Ifo-Institut Ende August veröffentlichten „Konjunkturspiegel“ werden die Preiserwartungen von einigen tausend industrieller Unternehmen für ihre Branche in den „nächsten 3 bis 6 Monaten“ veröffentlicht. In den in Betracht kommenden 19 Industriegruppen erwarten 12 gleichbleibende und sinkende Preise, 5 eine „teilweise steigende Tendenz“, und nur 2 Industriegruppen rechnen mit einer „vielfach steigenden Tendenz“. Die ausländische Konkurrenz hindert die Abwälzung der steigenden Lohnkosten auf die Preise. Die Teilnahme am internationalen Wettbewerb wird erschwert. Der Ertrag der Unternehmungen und damit die Bildung volkswirtschaftlichen Kapitals gehen zurück.

Einen Monat später (Ende September 1962) hatte sich das Bild der Preiserwartungen für die Industrie im großen und ganzen nicht wesentlich geändert; dagegen meldeten im Einzelhandel von 16 Warengruppen nicht weniger als 13 steigende Preistendenzen, nur 3 rechneten mit unveränderten Preisen. Die Lohnsteigerungen fallen naturgemäß um so mehr ins Gewicht, je mehr sich die produzierten Waren dem letzten heimischen Konsumenten nähern. Das ist zugleich ein Hinweis darauf, daß der Beschluß des Bundesverbandes der deutschen Industrie, die Preise fortan stabil zu halten, ohne praktische Wirkungen für den letzten Konsumenten bleibt, wenn nicht die Arbeitskosten gesenkt werden und die Arbeitszeit zum mindesten nicht weiter verkürzt wird. Ein Kapitel für sich bilden die infolge des Baubooms über alle Maßen gestiegenen Preise für Bauboden und Bauleistungen aller Art.

Die zur Zeit herrschende Wirtschaftstheorie stellt in den Mittelpunkt ihrer Überlegungen das leicht zu vermehrende und von den Investoren relativ leicht zu beschaffende „Geldkapital“, das aber nicht mehr ist als die „Hülle“ (K. *Wicksell*) für das volkswirtschaftliche Produktivkapital, das nicht nach Belieben beschafft werden kann, sondern durch harte, umsichtige Arbeit und Verzicht auf unmittelbaren Güterkonsum geschaffen werden muß. Allerdings hat in der Marktwirtschaft das leichtbewegliche Geldkapital die wichtige Funktion, gewissermaßen als Quartiermacher unverzüglichen Einsatz von Produktivkapital zu ermöglichen. *Sismondi* und ihm folgend *Karl Marx*, zwei ausgesprochene Gegner des „Kapitalismus“, bezeichnen zutreffend das Produktivkapital als einen „permanenten, sich vervielfältigenden Wert“. Sie sind sich nicht im geringsten im

Unklaren darüber, daß von der relativen Größe dieses Produktivkapitals der wirtschaftliche und der soziale Fortschritt abhängen. Die Vertreter der „Neuen Wirtschaftslehre“ gehen über derartige Erwägungen, die durch alle Autoren von Rang bestätigt worden sind, die sich im Laufe des 19. und 20. Jahrhunderts ernst mit dem volkswirtschaftlichen Kapitalbegriff beschäftigt haben, zur Tagesordnung über.

Damit hängt eine verhängnisvolle Überschätzung der Geldziffern bei den volkswirtschaftlichen Überlegungen zusammen. Maßgebende Anhänger der neuen Richtung erklären, „was wir nicht zählen und messen können besteht für uns nicht“; sie wollen „Geldziffern“ sehen, mit denen sie rechnen und manipulieren können. Aber mit Geldziffern können nur einzelwirtschaftliche Tauschverhältnisse zu treffend zum Ausdruck gebracht werden und nicht volkswirtschaftliche Gesamtgrößen. Weder die menschlichen Wirksamkeiten (Arbeit), noch das volkswirtschaftliche Produktivkapital (vorgetane Arbeit) und auch nicht die jeweilige volkswirtschaftliche Leistungskraft in ihrer Gesamtheit können ziffernmäßig ermittelt werden. Die herrschende Richtung der Volkswirtschaftslehre meint, daß es nur darauf ankomme, die „richtigen“ Ziffern in die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einzusetzen. Aber es besteht die Gefahr, daß es bald nicht nur Wachstumsprobleme, sondern auch Schrumpfungsprobleme geben wird, nicht nur im Hinblick auf den effektiven Gesamtertrag der gemeinsamen Arbeit infolge fortgesetzter Abnahme sowohl der „vorgetanen“ Arbeit (verminderte Bildung von Produktivkapital) als auch der Gegenwartsarbeit (quantitative und qualitative Minderung der persönlichen Leistungen). Was uns von Tag zu Tag mehr Sorge machen müßte, spielt für jene kaum eine Rolle. Wir Volkswirte haben Anlaß, eine Äußerung unseres Bundeskanzlers aus jüngster Zeit doppelt zu unterstreichen: „Unser Volk ist im Grunde genommen ein armes Volk, unser Reichtum besteht im wesentlichen aus unserer Arbeitskraft“.

Das Jonglieren mit Ziffern ist, wie sich *Hayek* jüngst auf der letzten Tagung der Mont-Pelèrin-Society ausdrückte, nicht mehr nur ein harmloses intellektuelles Spiel, sondern eine öffentliche Gefahr. Dies insbesondere deshalb, weil es den Weg zur Planwirtschaft, zu einer Planwirtschaft ohne Plan scheinbar allzu leicht macht. Die Hoffnungen, die für eine bessere marktwirtschaftliche Orientierung und für Lösung der Hauptaufgabe der Nationalökonomie, Vorbereitung der wirtschafts- und sozialpolitischen Gesetzgebung, auf die Ökonometrie gesetzt wurden, sind stark enttäuscht worden, und es steht fest, daß „bisher keine der neuen Methoden, selbst wenn sie mathematisch wären, das ersetzen könnten, was nicht quantifizierbar ist,

was nicht in die Gleichungssysteme paßt und was nichts destoweniger die Wirtschaft vorantreibt: die Entscheidungen der unternehmerischen Leistungen...“ (Léon Derwa, Brüssel).

Sehr gefährlich ist das statistische Schauspiel, das mit dem Modewort „Wachstumsrate“ getrieben wird, wenn ein Fortschritt da vorgetauscht wird, wo in Wirklichkeit ein Rückschritt vorhanden ist. Das Ifo-Institut schrieb in seinem Ende Oktober 1962 herausgekommenen „Schnelldienst“: „Im zweiten Jahresviertel fielen die Hemmungen weg, die das Wachstum des Sozialprodukts in den ersten Monaten des Jahres behindert hatten. Die Wachstumsrate der gesamtwirtschaftlichen Leistungen nimmt zu, und auch der konjunkturelle Anstieg setzt sich verstärkt fort.“ Wie günstig steht es also demgemäß mit unserer Volkswirtschaft und unserer Konjunktur! Aber der Feststellung folgt ein fataler Nachsatz: „Im Vordergrund der Expansion standen der private und öffentliche Verbrauch sowie die Bauinvestition. Gegenüber dem ersten Vierteljahr ergab sich eine Wachstumsrate umgerechnet auf Preise von 1954 insgesamt von 3,8 %, dabei aber bei dem privaten Verbrauch eine Steigerung von 8,7 % und bei dem staatlichen Verbrauch eine solche von 10 %.“ In der Zeit also, in der alle Welt darin einig ist, daß Einschränkung des Verbrauchs nachgerade eine Lebensfrage für unsere Volkswirtschaft geworden ist, zeigen uns die Statistiker, daß dank der Maßlosigkeit im Verbrauch und in der Bautätigkeit — also im Interesse des volkswirtschaftlichen Fortschritts weitgehend einer Minusleistung — die Gesamtleistungen ein steigendes Plus aufweisen! Das ist eine verhängnisvolle Irreführung: Steigender Verbrauch bei sinkender Produktivität ist weder ein Fundament für steigenden Volksreichtum noch für Sicherung der Vollbeschäftigung.

Die Überforderung der Statistik übersieht, daß die Volkswirtschaft als Ganzes mehr ist als die Summe der einzelnen Teile. Daraus ergibt sich, daß es aussichtslos ist, von den Atomen der Volkswirtschaft aus das Ganze begreifen zu wollen. Es geht nicht an, lediglich von den einzelnen Betrieben her, für die das Geld, das „Bankierskapital“ (Karl Marx), nervus rerum ist, oder von den einzelnen wirtschaftenden Menschen aus (Grenznutzen-Verhaltenstheoretiker) das in den richtigen Griff zu bekommen, was im Interesse des gesunden Fortschritts der Volkswirtschaft zu tun und zu lassen ist, wenn auch auf kurze Sicht derartige Überlegungen erheblichen Wert haben mögen.

Geht man den Dingen auf den Grund, so wird man zugeben müssen, daß volkswirtschaftlich gesehen eine Regel besteht, die ich schon seit vielen Jahren verteidige: Übersteigt das jeweilige Investitionsvolumen dauernd die Größe des zur Verfügung stehenden volkswirtschaftlichen Kapitals, so muß der Verzicht auf ungenügend vor-

handene „vorgetane Arbeit“ durch Gegenwartsarbeit wettgemacht werden. Diese Gegenwartsarbeit wird naturgemäß, je länger der Zustand dauert, um so knapper; es besteht — ähnlich wie bei einer Teuerung wegen der Verknappung des Faktors Bodenkraft infolge einer Mißernte — eine Teuerung, allerdings mit dem verhängnisvollen Unterschied, daß die Teuerung des Faktors „Arbeit“ in ihren Ursachen weniger unmittelbar sichtbar ist und daher unbemerkt immer verheerender wirken muß. Dieses Ungleichgewicht ist auf die Dauer schlimmer als die Folgen einer echten Geldinflation, die sich schließlich, wenn auch unter verheerenden privatwirtschaftlichen Verlusten, bei weitgehender Erhaltung der Preisrelationen selbst tot läuft, dann aber rasch durch eine neue Währung ersetzt werden kann. Als Ende 1923 die fürchterlichste Inflation unserer Wirtschaftsgeschichte ihren Höhepunkt erreicht hatte, genügten zehn Monate, um das Gleichgewicht durch eine Währungsänderung wieder herzustellen.

Mit den Klagen über die Maßlosigkeit unserer Bevölkerung — mögen sie noch so berechtigt sein — kommen wir nicht weiter, solange infolge der zunehmenden Knappheit des Faktors Arbeit der Preis für diese Arbeit und damit die Geldeinnahmen der Arbeiterhaushalte marktwirtschaftlich in die Höhe gehen müssen und andererseits die Gefahr der fortschreitenden Geldentwertung ganz groß an die Wand gemalt wird.

Aber auch folgende Frage drängt sich auf: Wie kommt es, daß unser seit jeher als fleißig und tüchtig anerkanntes Volk in eine unbestreitbare materielle Verirrung und Verwirrung hineingeraten ist? Wir dürfen nicht vergessen, daß unser Wirtschaftsminister stets anerkannt hat, wie sehr er sich den Sozialpartnern, den Gewerkschaften ebenso wie den Unternehmern, verpflichtet fühlt, weil sie einen wesentlichen Anteil an dem Gelingen der Währungssanierung haben. In den entscheidend wichtigen ersten schweren Jahren nach der Währungsumstellung hielten sie Maß, die Arbeiter insbesondere, obwohl die von maßgebenden Politikern prophezeite unmittelbar bevorstehende Preissenkung auf sich warten ließ. Sie mußte auf sich warten lassen, weil die Möglichkeiten der marktwirtschaftlichen Orientierung Zeit brauchten, um wirksam zu werden.

Ein Beispiel für die Verkennung des Wesens und der Grenzen der marktwirtschaftlichen Orientierung aus neuester Zeit ist die folgende Begründung einer an und für sich berechtigten Warnung vor Pessimismus, den die „Sparkasse“, die Zeitschrift des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, Anfang Oktober 1962 veröffentlichte. Darin heißt es: „Die Unternehmer besitzen in der Marktwirtschaft bekanntlich insoweit eine Schlüsselstellung, als es von ihren Entscheidungen abhängt, wie sich Investitionen und Beschäftigung ge-

stalten. In gewissem Rahmen bestimmen sie also sogar ihre Gewinne selbst. Sie hätten es auch heute in der Hand, durch Investitionen ihre Gewinnchancen zu verbessern. Statt dessen könnte der Konjunkturpessimismus der Wirtschaft und der Banken einen Zirkel in genau umgekehrter Richtung in Gang setzen. Indem Investitionen aus Pessimismus unterbleiben, verringern sich die Unternehmergewinne weiterhin. Damit verschlechtern sich aber gleichzeitig auch die Aussichten, Kredite zur Finanzierung von Investitionen zu erhalten, noch mehr; denn sinkende Gewinne bedeuten schwindende Kreditwürdigkeit. Auf diese Weise könnten wir leicht in eine ernste Rezession hineinrutschen, nicht weil die Konjunktursignale in diese Richtung gestellt wären, sondern weil wir offenbar auch im Pessimismus zu Übertreibungen neigen.“ Also nicht Mühe und Arbeit stehen am Anfang echter volkswirtschaftlicher Erfolge, sondern das einleitend erwähnte Wiederaufleben der Kaufkrafttheorie einerseits und die „Investitionsneigung“ der Unternehmer andererseits. Dieses und jenes sind aber nur Zwischenantworten, die keinswegs geeignet sind, die „Unruhe des Warumfragens“ zu befriedigen.

Auf einer Tagung der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft, die Mitte Oktober 1962 stattfand, beschäftigte sich der Vorsitzende *Frichhöffer* mit den Möglichkeiten und Grenzen der gewerkschaftlichen Lohnpolitik. In den Mittelpunkt seiner Ausführungen stellte er nach Zeitungsmeldungen die Theorie, daß „der Reallohn durch gewerkschaftliche Machtpolitik und Nominallohnerhöhungen überhaupt nicht zu beeinflussen sei; der Reallohn hänge vielmehr von Investitionen, dem Staatsverbrauch und dem Außenbeitrag zum Sozialprodukt ab. Die Lohnpolitik könne auch keine ungerechte Verteilung des Sozialprodukts beseitigen. Es wäre gut, wenn die Gewerkschaften endlich alle Illusionen auf diesem Gebiet aufgäben und eine sachliche Debatte über die ‚richtige‘ Lohnhöhe begännen“. Das ist nicht unrichtig, aber wovon hängt die Höhe dessen ab, was diejenigen, die Geld ausgeben, nachhaltig ohne inflationistische oder strukturelle Störungen ausgeben können?

Die bequeme Antwort auf unsere Frage, mit dem Aufhören des Booms in der Industrie werde sich der Arbeitsmarkt von selbst normalisieren, hat sich durch die tatsächliche Entwicklung bereits als falsch herausgestellt. Trotz der Inanspruchnahme einer ständig größer werdenden Zahl ausländischer Arbeiter bleibt die Zahl der offenen Stellen weiter beängstigend hoch. Sie betrug Ende April 1962 mehr als 568 000 und ist seitdem weiter gestiegen. Ende September 1962 wurden trotz „Abflachung“ der Konjunktur und trotz der beginnenden Wintersaison 607 400 offene Stellen ermittelt.

Entscheidend für die derzeitige Übernachfrage am Arbeitsmarkt ist die Tatsache, daß das Mißverhältnis zwischen Bedarf und Neubildung von Produktivkapital bei den gegebenen Umständen gewissermaßen naturnotwendig immer größer wird.

Schon seit Jahren haben wir die Ertrags- und Leistungskraft unserer Volkswirtschaft bei aller Anerkennung der großartigen Aufbauleistungen erheblich überschätzt. Wir übersahen große Teile des gewaltigen Nachholbedarfs im Verkehrswesen, in der Wasserwirtschaft, in Schulung und Forschung, im Gesundheitswesen und in der Wiederherstellung der alten Wohnungen; wir taten zu wenig zur Schaffung menschenwürdiger Wohnungen für die kinderreichen Familien, die kein Sparkapital einzusetzen in der Lage sind.

Darüber hinaus wurden seitens der privaten Wirtschaft, besonders aber seitens der öffentlichen Wirtschaft, von Jahr zu Jahr in steigendem Maße zusätzliche Ansprüche an unsere Volkswirtschaft gestellt, die diese nicht verkraften kann. Es darf namentlich nicht übersehen werden, daß im Deutschen Reich vor 1933 der gesamte Militäretat einschließlich Pensionen nur rd. ein Drittel Milliarde RM ausmachte, während sich zur Zeit in der viel kleineren Bundesrepublik die Ausgaben für die Verteidigung auf jährlich 17 Milliarden DM belaufen. Diesen Ausgaben, deren politische Notwendigkeit unbestritten ist, steht volkswirtschaftlich nur die Hoffnung gegenüber, daß die immer teurer werdende Verteidigungsapparatur nie gebraucht wird; ganz abgesehen von besten Arbeitskräften, die dadurch in steigendem Umfang der produktiven Volkswirtschaft entzogen werden. Dazu kommt, daß unser Wiederaufbau viel zu stark auf Bank- und Lieferanten-Kredit aufgebaut wurde. Die seit langem notwendige Konsolidierung muß nun in einer Zeit vorgenommen werden, in der sowohl die langfristige Selbstfinanzierung wie die Fremdfinanzierung immer schwieriger werden; andererseits stößt aber auch die Stärkung des Eigenkapitals durch junge Aktien infolge des Versagens unserer Börse auf steigende Schwierigkeiten.

Das unglückselige Wort vom „Wirtschaftswunder“ wurde zwar im Ausland geprägt, aber wir sonnten uns an dem angeblichen Wirtschaftswunder und unsere Wirtschaftswissenschaftler lieferten die statistische Substanz für einen verhängnisvollen Irrglauben. Vor kurzem veröffentlichte das Münchener Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung für unser zukünftiges Sozialprodukt Vorausschätzungen: es wird erwartet, daß das Brutto-Sozialprodukt von 232 Mrd. im Jahre 1961 auf 457 Mrd. im Jahre 1975 anwächst. Der Bericht erklärt: „Da der Anteil des Verbrauchs am Sozialprodukt nach unseren Schätzungen gleichbleiben wird, bedeutet das, daß der Durchschnittsbürger also nahezu den doppelten Betrag zum Konsum und zum Sparen zur Ver-

fügung haben wird.“ Die menschlichen Wirksamkeiten (Arbeit) glauben die Statistiker erfassen zu können durch Hinweis auf die Zahl der Beschäftigten unter Berücksichtigung der Arbeitszeit und kommen zum Ergebnis, daß „im Jahresdurchschnitt 1963 bis 1970 eine Wachstumsrate der Erwerbstätigenzahl von 0,3 % vorliegen wird“. Dabei wird aber unberücksichtigt gelassen, daß der Hauptmangel bei uns besteht an qualifizierten Facharbeitern und an Persönlichkeiten, die für die Leistungsspitze geeignet sind, ganz abgesehen davon, daß das Sinken der Arbeitsmoral und der Arbeitsfreude die Bilanz der gemeinsamen Arbeit immer stärker belastet.

Von entscheidender Bedeutung für den nachhaltigen volkswirtschaftlichen Fortschritt ist Mehrung und bestmögliche Kombination der menschlichen Wirksamkeiten (Arbeit) mit Produktivkapital nebst Bodenkraft und Bodensubstanz. Aber dafür können wir mit Ziffern nicht dienen. Um diesem statistischen Mangel abzuhelpen, operieren die Neuerer mit der Arbeitsproduktivität pro Arbeitsstunde und ziehen daraus Schlußfolgerungen für die Steigerung der volkswirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Wie wenig sinnvoll dies ist, zeigt folgende Überlegung: In der Landwirtschaft müssen heute 100 ha landwirtschaftliche Nutzfläche von etwa 18 Menschen gegenüber 29 im Jahre 1950 bearbeitet werden. Es müssen ständig steigende Löhne bezahlt werden; um den Betrieb aufrecht zu erhalten, war zudem Einsatz von teuren Maschinen erforderlich, von denen manche nur kurze Zeit im Jahresablauf verwendbar sind. Diese Technisierung widerspricht in vielen Fällen nicht nur dem volkswirtschaftlichen Rationalprinzip, obwohl der genossenschaftliche Gebrauch landwirtschaftlicher Maschinen erfreuliche Fortschritte gemacht hat, sie ist auf längere Sicht auch privatwirtschaftlich sehr bedenklich. Wir werden früher oder später vor dem ernstesten Problem einer Überschuldung unserer Landwirtschaft stehen. Dies alles trotz Steigerung der Arbeitsproduktivität pro Arbeitsstunde!

Der Aufbau einer technischen Apparatur nimmt Produktivkapital in Anspruch, bedeutet also für die Kapitalbildung *zunächst* ein Minus, kein Plus. Verbreitet ist der Irrtum, mit der Vermehrung der technischen Produktionsmittel — fälschlicherweise Realkapital genannt — sei auch eine Vermehrung des volkswirtschaftlichen Produktivkapitals verbunden. Dieses sogenannte Realkapital ist zunächst nur eine technisch untrennbare Verbindung von vorgetaner Arbeit und Gegenwartsarbeit mit Bodenkraft und Bodensubstanz. Dadurch *kann* bei zweckentsprechender Verwendung des Kapitals in einer gesunden Volkswirtschaft mitgeholfen werden, die vorgetane Arbeit unter Umständen sogar sehr erheblich zu vermehren. Aber ebenso leicht ist es möglich, daß durch verkehrte Anlage, vollends in einer ungesunden

Volkswirtschaft, der Produktionsmittelapparat zum Grab wird für Produktivkapital, d. h. für einen „permanenten, sich vervielfältigenden Wert“, dann nämlich, wenn der Ertrag hinter den volkswirtschaftlichen Kosten (Arbeit, Bodenkraft und Bodensubstanz, Produktivkapital) zurückbleibt.

Mit den hier erörterten Vorgängen hängt der Zahlenunfug zusammen, der mit den Begriffen „earning power“ und „Ertragskraft“ der einzelnen Unternehmungen betrieben wurde und zu schwersten Verlusten für die Spekulation führte. Nicht die Ausstattung des einzelnen Werkes ist für dessen nachhaltigen Wert und damit für den Börsenkurs auf lange Sicht entscheidend, sondern das, was die Unternehmen im Rahmen der volkswirtschaftlichen Entwicklung nachhaltig für die Aktionäre abzuwerfen in der Lage und gewillt sind. Für die Aktien des Volkswagenwerkes, die mit einer kaum jemals dagewesenen Reklame für ein einzelnes Werk ins Publikum gebracht worden sind, wurde im geregelten Freiverkehr ein Kurs von 1200 % erreicht. Die erste amtliche Notierung betrug am 15. August 1961 864 %. Die „Analyse“ einer Regionalbank, die bekannt ist wegen ihrer vorsichtigen Beurteilung der Börsenlage, errechnete aufgrund der Ertragskraft kurze Zeit später den Kurs von 900 % für diejenigen Interessenten, die Aktien als Dauieranlage erwerben wollten. Im September 1962 teilte die Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen folgendes mit: „In einer Diskussion unter Fachleuten der Kreditwirtschaft antwortete unlängst ein Mann, der für seine überscharfen Formulierungen bekannt ist, auf die Frage wann die Aktienmärkte wieder Boden unter die Füße bekommen mit folgendem: Wenn die Volkswagenaktie einen Kurs habe, der einer Effektivverzinsung von 7 % entspräche, bei 12 % Dividende, also 190 %.“ Die Zeitschrift fügt hinzu: „Ein Sturm der Entrüstung war die Folge dieses apodiktischen Urteils.“ Aber gibt es für die Bewertung der Aktie seitens der Aktionäre, die sie als Vermögensanlage kaufen, irgendeinen besseren Anhalt, als die voraussichtliche „Rendite von morgen“ (*Muthesius*)? Alle anderen Berechnungen und Schätzungen sind doch wohl mehr oder minder „Spiegelfechtereien“. Die „Rendite von morgen“ hängt aber nicht nur und nicht in erster Linie ab von der technischen Ausrüstung und dem organisatorischen Aufbau des einzelnen Betriebs, sondern von der richtigen und rechtzeitigen Einordnung der einzelnen Betriebe und der von ihnen veranlaßten Investitionen in den volkswirtschaftlichen Gesamtprozeß.

Besonders schlimm ist es, daß diejenigen, denen das Denken in volkswirtschaftlichen Kategorien nicht liegt, dann, wenn Gleichgewichtsstörungen auftreten infolge ungenügender Bildung von Produktivkapital, die damit verbundene zurückgehende „Investitions-

neigung“ der privaten Unternehmer anregen wollen durch vermehrten Einsatz von Geldkapital durch die öffentliche Hand: „Ist geringere Investitionstätigkeit und ein dadurch entstehender negativer Akzelerationsprozeß vorhanden“, dann muß für eine Kompensation „durch Vergabe öffentlicher Investitionsaufträge gesorgt werden“ (Ifo-Institut). Da das dafür erforderliche Produktivkapital aber nicht hervorgerufen werden kann, bleibt nichts anderes übrig, als hemmungslos vermehrter Einsatz von Geldkapital mit der Folge, daß die schon bestehende Teuerung infolge Verknappung von Produktionsfaktoren durch eine Inflationswelle verschärft werden müßte; anders ausgedrückt, dem Teufel Teuerung infolge zunehmender relativer Verknappung der Produktionselemente Arbeit und Produktivkapital würde sich der Beelzebub Geldinflation im engeren Sinne des Wortes hinzugesellen. Das Ende könnte leicht eine Katastrophe sein.

Freilich, nicht bloß „gut‘ Ding“, auch „böses‘ Ding“ braucht Zeit. Es ist erstaunlich, wie sehr und wie lange sich die „Hülle“ Geldkapital ausdehnen läßt, ohne daß man merkt, daß der Inhalt „Produktivkapital“ immer geringer wird. Hier liegt der tiefere Grund für die derzeitige Überbeschäftigung, für das leichte Verdienen, für die kostspielige, bis vor kurzem stark angewachsene Fluktuation der Arbeiter, für den gelegentlichen Übermut der Gewerkschaften, für die Tendenz, Arbeit über dem Tariflohn zu bezahlen, für die Bummelei, für das Nachlassen des Bemühens, gute Arbeit zu liefern; es ist ja gleich nebenan eine andere und wahrscheinlich besser bezahlte Stelle zu finden. Daraus folgt: die Menge des zur Verfügung gestellten Geldkapitals — dessen Bedeutung im „Vorhof“ des eigentlichen Kapitalmarktes nicht verkannt werden darf — und damit das Investitionsvolumen, muß auf längere Sicht der Knappheit des Produktivkapitals, das sich — wohlgemerkt in der Volkswirtschaft und für die Volkswirtschaft — bildet, angepaßt werden. Es hat einen Sinn zu unterscheiden zwischen dem „Kapitalmarkt“ in der privatwirtschaftlichen Sphäre (langfristig ausgeliehenes Geldkapital) und in der volkswirtschaftlichen Sphäre (Produktivkapital). Auf längere Sicht muß sich der privatwirtschaftliche „Kapital“-Markt dem volkswirtschaftlichen Kapitalmarkt anpassen.

Dieser Anpassungsprozeß entzieht sich jeder exakten Berechnung — vollends in einer Zeit, in der das Rechnen mehr oder minder zu einem Spiel mit Zahlen in einem Wolkenkuckucksheim des Inflationismus wird.

Bestimmte Voraussetzungen müssen erfüllt sein, wenn wir durch vermehrte vorgetane Arbeit (Produktivkapital) Herr werden wollen über die krankhafte Überbeschäftigung in der Gegenwart.

1. Eine arbeitsfreudige, auf eine kraftvolle Gewerkschaftsbewegung — die verhindert, daß die Arbeiter bloße Objekte am Arbeitsmarkt sind — gestützte Arbeiterschaft muß in stetem Einvernehmen mit einem arbeitsfreudigen Unternehmertum die heimischen Produktivkräfte bestmöglich zur Entfaltung bringen. Ausgegangen werden muß von der Erwägung, daß auf längere Sicht das Lohnniveau nicht durch momentane Machtverhältnisse, sondern durch die gesamtwirtschaftliche Leistung, d. h. durch die *volkswirtschaftliche* Produktivität bestimmt wird.

Was hier gesagt wird, hat der vor wenigen Wochen im Alter von über 90 Jahren verstorbene Veteran der deutschen Gewerkschaftsbewegung, *Wissell*, als Arbeitsminister in den zwanziger Jahren kurz und bündig so ausgedrückt: „Der Anteil der Arbeiter kann nur steigen, wenn der Ertrag der Wirtschaft selbst steigt.“ Das war damals die allgemeine Ansicht der Gewerkschaftsführer von Rang und Namen. Schon vor dem ersten Weltkrieg hat Theodor *Brauer*, der allgemein anerkannte beste Theoretiker der christlichen Gewerkschaften, in einer Sonderschrift mit dem Titel „Gewerkschaft und Volkswirtschaft“ (1912) dies folgendermaßen formuliert: „Diejenige Gewerkschaftsbewegung, der es gelingt, einen größtmöglichen Prozentsatz ihrer Mitglieder im Sinne einer produktiven Anteilnahme an einer rationalen Produktionssteigerung zu beeinflussen, hat ihre Aufgabe für das nächste Menschenalter deutscher Wirtschaftsentwicklung gelöst.“

In Nr. 2 der von der Adolf-Weber-Stiftung herausgegebenen „Korrespondenz“ habe ich unter der Überschrift „Gerechter Lohn oder richtiger Lohn“ zu der hier berührten Problematik Stellung genommen. Ich zeigte, daß eine Zuteilung des individuellen Entgelts nach dem Gerechtigkeitsprinzip eine Unmöglichkeit ist, die Menschen werden als Ungleiche geboren; diese von Natur aus gegebene Ungleichheit könnte nur auf Kosten der Freiheit ausgeglichen werden; auch könne dem einzelnen Arbeiter nicht sein Anteil gemäß dem Werte seiner persönlichen Leistung zugesichert werden, weil in der arbeitsteiligen Wirtschaft eine Verteilung der Gesamtkosten auf die einzelnen Güter und die einzelnen Leistungen in der Regel so gut wie unmöglich ist. Insbesondere aber machte ich darauf aufmerksam, daß es mit der „sozialen Gerechtigkeit“ nicht zu vereinbaren sei, wenn sich die Gegenwart auf Kosten der Zukunft einen höheren Lebensstandard schafft. Es genüge nicht, daß der vorhandene Kuchen richtig verteilt wird, sondern es müsse dafür gesorgt werden, daß an Stelle des aufgezehrten Kuchens ein neuer Kuchen zur Verfügung steht, mindestens ebenso groß und ebenso gut wie der aufgezehrte,

und dafür sei die Bildung und bestmögliche Verwendung von volkswirtschaftlichem Produktivkapital unerlässlich.

Zu dem hier erwähnten Aufsatz, der viel Zustimmung fand, nahm auch eingehend der SPD-Presse-Dienst vom Juli 1962 in längeren Ausführungen Stellung. Er kam zum Ergebnis: „Würde sich die verantwortliche Wirtschaftspolitik dazu verstehen, die Begünstigung der einseitigen Bildung von Vermögen zu beseitigen und damit eine leistungsgerechte Verteilung der Einkommen und Vermögen bewirken, so läßt sich wohl sehr bald auch mit den Gewerkschaften eine Verständigung über die konsumtiven Einkommen im Rahmen der volkswirtschaftlichen Produktivität erzielen. Lohnpolitik ohne diesen Aspekt der gesellschaftlichen Besitz- und Machtverteilung zu betrachten, ist ein Rückfall in die Betrachtungsweise des vorigen Jahrhunderts, in der es nur darauf ankam, die Leistung der Arbeitnehmer in der Höhe der Kosten der Reproduktion ihrer Arbeitskraft — wenn auch mit wechselndem Lebensstandard — zu entlohnen. Aber über diese Zeiten sollten wir seit langem hinaus sein.“

Diese Überlegungen laufen hinaus auf Bejahung des neuesten sozialpolitischen Schlagworts: unmittelbare Beteiligung der Arbeiter an den Investitionen durch staatlichen oder gewerkschaftlichen Zwang. Was würde aber dadurch erreicht werden für das uns doch allen vorschwebende Endziel: *nachhaltige* Sicherung und Besserung der materiellen und kulturellen Lage der Arbeiter? Wenn ich recht sehe, würden die Arbeiter neben dem Arbeitsrisiko nun auch noch einen Teil des Kapitalrisikos übernehmen, dessen Größe und Schwere in der Wirtschaftswunderzeit sehr unterschätzt worden ist, ohne daß dem eine Verbesserung der Investitionstätigkeit gegenüberstehen würde. Wahrscheinlich werden die arbeitsintensiven Klein- und Mittelbetriebe die Leidtragenden sein. Auf Umwegen wird die Investition durch die Arbeiter den Großunternehmern, die doch in der Regel die größeren Gewinnchancen in Aussicht stellen, zukommen, vermindert durch die Extrakosten, die der Umweg verursacht.

2. Theoretiker und Praktiker müssen wieder *volkswirtschaftlich* denken lernen, d.h. begreifen, daß die Volkswirtschaft als Ganzes etwas wesentlich anderes ist, als die Atome, aus denen sie sich zusammensetzt. Will man sich nicht mit halben Wahrheiten begnügen, so ist es immer zweckmäßig, vom Ganzen auszugehen, um von dort aus Schlüsse auf das Einzelne zu ziehen: „Das Ganze ist das eigentlich Wahre und das in der Geschichte Wirkliche“ (*Jaspers*). Das gilt in besonderem Maße für die Volkswirtschaft. Die volkswirtschaftlichen Gesamtleistungen sind keineswegs die Summe der Einzelleistungen. Es kommt darauf an, daß diese Einzelleistungen unter Zuhilfenahme der marktwirtschaftlichen Orientierung im Hinblick auf das

Ganze richtig aufeinander abgestimmt sind. *Proudhon*, der große Gegner der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, vertrat die Meinung, daß der Reichtum eines Volkes auf der Proportionalität des Einsetzens der volkswirtschaftlichen Kräfte beruhe. Keinesfalls wird man die entscheidenden volkswirtschaftlichen Zusammenhänge erkennen und begreifen, wenn man von einzelwirtschaftlichen Erwägungen, Erwartungen, Wünschen ausgeht. Die Gefahr liegt dann nahe, daß man aufgrund wirklichkeitsfremder Hypothesen und darauf aufgebauten Modelle Schlußfolgerungen zieht, die mehr verwirren als entwirren.

3. Bekommt das volkswirtschaftliche Denken wieder seinen rechten Sinn, so wird sich die Statistik ihrer verhältnismäßig engen Grenze bewußt werden, innerhalb derer sie die volkswirtschaftlichen Erkenntnisse ergänzen und bestätigen kann. Wie sehr die Herrschaft der Zahlen im Rahmen unserer Wissenschaft in den Vordergrund getreten ist, beweist folgendes: In der Zeit vor dem zweiten Weltkrieg gab es — leider — auch an den großen Universitäten kein Ordinariat für Statistik. Gewöhnlich wurde die Statistik gekoppelt mit einem der Ordinariate für Volkswirtschaftslehre. In der Münchener Staatswirtschaftlichen Fakultät z. B. vertraten *von Mayer* und dessen Nachfolger *von Zwiedineck-Südenhorst* gleichzeitig die Volkswirtschaftslehre und die Statistik. Der Wissenschaftsrat empfiehlt dagegen bei Neugründung von Universitäten für eine Sozialwissenschaftliche Fakultät 3 bis 4 Lehrstühle für Statistik, neben etwa fünf Lehrstühlen für „Nationalökonomie“ (die näher gegliedert ist in „Volkswirtschaftslehre, -politik, Betriebswirtschaftslehre“).

4. Wenn man mit W. A. *Jöhr* der Meinung ist, daß die Hauptaufgabe der Volkswirtschaftslehre darin besteht, „die wirtschafts- und sozialpolitische Gesetzgebung vorzubereiten“, dann war für unsere Wissenschaft die Bekämpfung der „Abspaltung der Betriebswirtschaftslehre von der Nationalökonomie“ wenig nützlich. Gewiß können „Aufbau und Führung der Betriebe und Haushalte nur im Rahmen der gesamten Wirtschaftsordnung und des gesamten Wirtschaftsablaufs verstanden werden“ (*Walter Eucken*); aber ich hoffe klar gemacht zu haben, daß die Volkswirtschaft als Ganzes nicht von deren Atomen aus erfaßt werden kann. Die einzelne Privatwirtschaft ist nur interessiert am Geldkapital. Der Unternehmer braucht Geld, nur Geld, das mehr oder minder willig seitens der Zentralnotenbank zur Verfügung gestellt wird. Aber nicht das Geld ist die entscheidende Triebkraft für den volkswirtschaftlichen Fortschritt, sondern das auf Mühe und Konsumverzicht aufgebaute Produktivkapital.

Damit das Produktivkapital seine sich vervielfältigende Kraft behält, ist nichts so wichtig wie Abbau des Baubooms. Wiederholt habe ich in den letzten Jahren auf die verheerenden Folgen des Baubooms

in der Gründerzeit hingewiesen. Damals, in den siebziger Jahren, konzentrierten sich die spekulativen Exzesse an dem Bau-, Boden- und Effektenmarkt. Die Kosten der Lebenshaltung blieben ohne erhebliche Steigerung, dennoch waren die Folgen für die gesamte Bevölkerung verheerend. *Spiethoff* berichtet über das Ausmaß der Stockung, die 1873 begann und bis 1879 dauerte: „Grundstücke, Häuser und Mieten erlitten erhebliche Einbußen, Arbeitslosigkeit von Angestellten und Arbeitern nahm großen Umfang an.“ Daß die Stabilität des Preisniveaus und des Zinsniveaus nicht das Wichtigste sind für die Konjunkturstabilisierung, hat auch mit letzter Deutlichkeit die schwere Krise in den USA Anfang der dreißiger Jahre gezeigt. „Die Preise, namentlich die Großhandelspreise, blieben in den für die konjunkturelle Überhöhung entscheidenden Jahren am Ende des zweiten Jahrzehnts außergewöhnlich stabil“ (*Haberler*).

Das aufs äußerste gestörte Gleichgewicht zwischen Geldkapital und Produktivkapital kann nur wiederhergestellt werden durch äußerste Sparsamkeit, insbesondere auch seitens der öffentlichen Hand, in Verbindung mit Einschränkung der Vermögensbildung der öffentlichen Haushalte und möglicher Zurückdrängung derjenigen Investitionen, die volkswirtschaftlich unproduktiv sind, also Erhaltung und Bildung von volkswirtschaftlichem Produktivkapital beeinträchtigen.

Die Gefahr der Stunde gebietet es, daß alle staatlichen Subventionen, die nicht unmittelbar einer Steigerung der volkswirtschaftlichen Produktivität dienen, so rasch wie möglich abgebaut werden. Auch die Hoffnungen, die auf Steuerdirigismus gesetzt werden, sind schlecht begründet. Schon Anfang 1959 warnte der Hauptvorstand der Industriegewerkschaft Bau, Steine, Erden vor einer weiteren Zusammenballung von Bauaufgaben in den kommenden Monaten. Die Bauwirtschaft sei auf Monate hinaus mit Aufträgen eingedeckt. Eine Ballung von Aufträgen würde zwangsläufig die Preise in die Höhe treiben. Folgerichtig wandte sich die Gewerkschaft auch gegen eine Vergrößerung der Kapazität unserer Bauwirtschaft. Maßgebende Vertreter der Wirtschaftswissenschaft waren anderer Meinung. Sie begrüßten die „besonders kräftigen Impulse für die Investitionen, die von der Bautätigkeit ausgehen“. Dagegen wandte ich mich in meiner Schrift „*Wolken am Konjunkturhimmel*“: Diese offenbare Verkennung der Situation sei eine Folge der übertriebenen Bedeutung, die die „*Neue Wirtschaftslehre*“ in privatwirtschaftlicher Befangenheit dem „*Ausgabeeffekt*“ beimißt. Das, was die Bevölkerung sich nachhaltig leisten kann an Gütern des täglichen Bedarfs und an dauerhaften Konsumgütern, wozu auch Quantität und Qualität unserer Behausung gehören, hängt nicht ab von den privatwirtschaftlichen Geldeinkommen, sondern von der hinter dem Geldeinkommen

stehenden volkswirtschaftlichen Kraft, die aber gelähmt wird, wenn zu viel Produktivkapital in den Dienst des dauerhaften Konsums gestellt wird, wenn das auch sozialpolitisch begrüßenswert scheint. Die Gefahr indessen, daß zu starke Festlegung von Produktivkapital abseits der unmittelbaren volkswirtschaftlichen Produktivitätssteigerung wie in den siebziger Jahren zur Arbeitslosigkeit führt, zeigt, daß man auch sozialpolitisch mit dem Denken nicht zu früh aufhören darf.

Wie widersinnig die Bemühungen derzeit sind, die auf Bekämpfung des Baubooms abzielen, zeigt die Tatsache, daß die maßgebenden Stellen sich zwar den Kopf zerbrechen, wie dem Bauboom Einhalt geboten werden kann, aber gleichzeitig durch eine Baulandsteuer die Bodenbesitzer zwingen, sich in die Bodenbauspekulation einzuschalten. In der jüngsten amtlichen Verteidigung der Baulandsteuer heißt es u. a., sie solle Grundstückseigentümer, die selbst keine ernsthafte Bauabsicht haben, zum Verkauf an Bauwillige veranlassen. Zum freien Wettbewerb gehört doch wohl auch der freie Entschluß!

5. Eine Gesundung der Weltwirtschaft und damit eine Gesundung der einzelnen Volkswirtschaften setzt voraus eine Beendigung des Wettrüstens, um die damit verbundenen gewaltigen und immer noch steigenden unproduktiven Aufwendungen zu unterbinden durch eine allgemeine kontrollierte Abrüstung. Durch die Abrüstung könnten die Mittel frei gemacht werden, die erforderlich sind, wenn man den unterentwickelten Ländern die notwendige entscheidende Hilfe zuteil werden lassen will. Sonst besteht die Gefahr, daß die helfenden Länder mit einer Hilfe über die eigene Leistungskraft hinausgehen und dadurch selbst „unterentwickelte Länder“ werden. Auch sind die riesigen Ausgaben, die für die Weltraumerforschung eingesetzt werden, nur dann volkswirtschaftlich und weltwirtschaftlich zu verantworten, wenn im übrigen das Rationalprinzip für die volkswirtschaftlichen Einnahmen und Ausgaben wieder maßgebend wird.

Folgerungen

1. Notwendigkeit einer echten Arbeitsgemeinschaft zwischen freien Unternehmern und Gewerkschaften auf volkswirtschaftlicher Grundlage — 2. „das Ganze ist das eigentlich Wahre“ — 3. die Statistik darf nicht überfordert werden — 4. das Gleichgewicht zwischen Geldkapital und Produktivkapital (vorgetane Arbeit) muß wieder hergestellt werden — 5. unbedingte Notwendigkeit einer kontrollierten allgemeinen Abrüstung.